



LEBENSQUALITÄT USTER WEST

# Pressespiegel

# 2016

# Stadtrat bekennt sich zu Uster West

**USTER** Eigentlich wollte der Ustermer Stadtrat gar nicht auf die Initiative gegen die Umfahrung Uster West eintreten. Weil er es muss, beantragt er nun wie erwartet die Ablehnung.

Der Ustermer Stadtrat bekennt sich erwartungsgemäss weiterhin zur geplanten Umfahrungsstrasse im Westen der Stadt. Er beantragt deshalb dem Gemeinderat, die Initiative «Keine Strasse Uster West» abzulehnen.

Damit rückt eine Volksabstimmung näher, die ein langes juristisches Vorspiel hat: Die Initianten wollen die Ustermer Behörden verpflichten, sich mit allen politischen und rechtlichen Mitteln gegen die Umfahrungsstrasse einzusetzen. Allerdings handelt es sich bei der Umfahrungsstrasse um ein kantonales Projekt. Stadt- und Gemeinderat beurteilten die Initiative deshalb als undurchführbar und ungültig. Das Verwaltungsgericht befand jedoch, dass die Initiative in der Form einer «allge-

meinen Anregung» gültig sei. Ein Urteil, das nach einem Rekurs des Ustermer Gemeinderats auch das Bundesgericht bestätigte (wir berichteten).

## Vorwurf der Verzögerung

Dass der Stadtrat nun dem Gemeinderat die Ablehnung empfiehlt, überrascht niemanden. «Damit war zu rechnen», sagt BPU-Gemeinderat Paul Stopper, einer der Initianten. Er verstehe jedoch nicht, weshalb der Stadtrat für diesen Entscheid so lange gebraucht habe. Seit dem Urteil des Bundesgerichts seien über sechs Monate vergangen. «Der Stadtrat verzögert den Urnengang, wie er nur kann.»

Zumindest im Gemeinderat wird die Initiative wohl einen schweren Stand haben. In der Vergangenheit haben sich ausser den Grünen und der BPU alle Parteien gegen das Begehren ausgesprochen. Dass sich an dieser Haltung etwas ändert, ist nicht zu erwarten. In der Bevölkerung hingegen scheinen die Mehrheiten weniger klar. *rbr* **SEITE 3**

# Uster West – Stadtrat hält an Meinung fest

**USTER** Der Stadtrat muss die Initiative «Keine Strasse Uster West» vors Volk bringen – das entschieden die Gerichte. Wie erwartet, beantragt er dem Gemeinderat nun die Ablehnung. Beide Seiten stellen sich aber erst für die Volksabstimmung auf eine emotionale Debatte ein.

Nach dem Willen der Ustermer Politik hätte es nie so weit kommen sollen: Parlament und Bevölkerung müssen über die Initiative «Keine Strasse Uster West» entscheiden, mit der die Initianten die geplante Umfahrungsstrasse im Westen Usters verhindern wollen. Stadt- und Gemeinderat hatten das Volksbegehren für ungültig erklärt – das Verwaltungs- und später auch das Bundesgericht waren jedoch anderer Meinung. Die Initiative ist gültig (wir berichteten).

Nun hat der Stadtrat dem Gemeinderat seinen Antrag unterbreitet. Wie erwartet, lehnt er die Initiative ab. Diese will die Ustermer Behörden beauftragen, sich mit «allen zur Verfügung stehenden politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln» gegen den Bau der Umfahrungsstrasse einzusetzen. Der Kantonsrat, in dessen Kompetenz die Strasse liegt, hat ihr bereits zugestimmt. Im Moment

ist das Projekt jedoch durch Einsprüche von Umweltverbänden blockiert.

«Uster West ist nach wie vor die beste von beschränkten Möglichkeiten, um Uster vom Durchgangsverkehr zu entlasten», sagt Bauvorstand Thomas Kübler (FDP). Anders als von den Gegnern behauptet, sei die Umfahrungsstrasse zudem durch den Entscheid des Kantonsrats demokratisch legitimiert.

## Klare Verhältnisse im Rat

Der Ustermer Stadtrat verzichtet darauf, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Angesichts des klaren Wortlauts mache das keinen Sinn, sagt Kübler. «Entweder verpflichtet man eine Behörde, sich gegen ein Projekt zu stellen oder nicht. Eine abgeschwächte Form davon gibt es nicht.»

In den bisherigen Gemeinderatsdebatten haben sich alle Par-

teien gegen die Initiative ausgesprochen – ausgenommen die Grünen und die beiden BPU-Gemeinderäte Paul Stopper und Werner Kessler, die Urheber des Volksbegehrens. Dabei ging es je-



«Uster West ist nach wie vor die beste von beschränkten Möglichkeiten.»

Thomas Kübler, Stadtrat FDP

doch um die Frage, ob die Initiative gültig ist und nicht um den Inhalt ihrer Forderung. Trotzdem rechnet Bauvorstand Kübler damit, dass die Meinungen auch nach dem Urteil des Bundesgerichts dieselben sind. «Der Ge-

meinderat wird unseren Antrag auf Ablehnung wohl grossmehrheitlich genehmigen.» Gleich schätzt auch Paul Stopper die Situation ein, der Wortführer der Initianten. «Die Fronten sind festgefahren. Daran wird sich im Parlament nichts mehr ändern.»

## Uneinigkeit über Wirkung

In der Bevölkerung hingegen scheinen die Mehrheiten weniger klar. Oder sie sind zumindest kaum bekannt. «Deshalb braucht es ja unsere Initiative: Dass die Ustermerinnen und Ustermer endlich Stellung nehmen können zu Uster West», sagt BPU-Gemeinderat Stopper.

Der Stadtrat hingegen sprach sich in der Vergangenheit immer gegen ein solches Ustermer Volksvotum aus. Es habe für ein kantonales Projekt schlicht keine Gültigkeit, lautete die Argumentation. Als Beispiel verwies die Exekutive auf den Wunsch nach einer Unterführung an der Winterthurerstrasse. Ebenfalls von Paul Stopper und Werner Kessler angedacht, hatte die Ustermer Bevölkerung 2012 den Stadtrat per Volksinitiative mit diesem Projekt beauftragt – ob-

wohl es sich dabei um eine Strasse des Kantons handelte. Prompt verbot der Regierungsrat die Ausführung, weil es Uster West konkurrenzieren, die vom Kanton bevorzugte Lösung.



«Endlich kann die Ustermer Bevölkerung Stellung nehmen zu Uster West.»

Paul Stopper, Initiant

«Die Initiative gegen Uster West täuscht der Ustermer Bevölkerung ebenfalls vor, sie habe die Entscheidungsbefugnis. Aber das ist nicht so», liess sich Bauvorstand Kübler in der Vergangenheit im ZO/AvU zitieren.

Dennoch kommt es nun aller Voraussicht nach zur Abstimmung. Und beide Seiten stellen sich auf eine emotionale Debatte innerhalb der Bevölkerung ein. Stopper gibt dabei die Rolle des Bürgeranwalts: «Die Ustermer haben bereits klar gesagt, dass sie eine Unterführung an der Winterthurerstrasse wollen. Setzte sich der Stadtrat dafür ein, wie es seine Aufgabe wäre, bräuchte es Uster West gar nicht mehr», sagt er.

## Entscheid im Frühling

Stadtrat Thomas Kübler hingegen betont, man dürfe das Votum für die Unterführung Winterthurerstrasse nicht als Ablehnung von Uster West deuten. «Klar ist, dass ein Grossteil der Menschen in Uster eine Möglichkeit wünscht, die Bahngleise besser überqueren zu können.» Wichtig werde sein, beim emotionalen Thema rational die Argumente abzuwägen.

Der Gemeinderat wird über die Initiative voraussichtlich im Herbst befinden. Der Urnengang zu «Keine Strasse Uster West» findet wohl im nächsten Frühling statt. *Raphael Brunner*

